

*Procès-verbal de la séance du 10 septembre 1941
de la Commission consultative
pour la Surveillance des Importations et des Exportations*¹

PERSÖNLICH

Bern, 12. September 1941

TRAKTANDUM I:

STAND DER WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN, INSBESONDERE BLOCKADE.

Herr Minister Sulzer eröffnet Sitzung mit der Feststellung, dass wieder ein halbes Jahr verflossen ist, seit die Kommission zuletzt tagte². Während dieser Zeit erfolgten grosse wirtschaftliche und politische Veränderungen, die in mancher Beziehung die wirtschaftliche Lage der Schweiz noch verschärft haben. In diese Zeit fällt auch der Abschluss der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen.

Herr Direktor Hotz: Der Vorsitzende hatte der schweizerischen Wirtschaftsdelegation in den frühern Sitzungen ans Herz gelegt, dafür besorgt zu sein, dass die Schweiz mit Rohstoffen beliefert würde, damit Arbeit geschaffen werden könne und sich dafür einzusetzen, das Gleichgewicht zwischen den beiden Mächtegruppen aufrecht zu erhalten. Dies war auch der Wunsch des Bundesrates.

Dem neuen Abkommen mit Deutschland vom Juli dieses Jahres lag als ein Hauptziel zugrunde, die Schweiz mit *Rohstoffen* weitgehend zu sichern. Auf dem Kohlen- und Eisengebiete erklärte sich Deutschland bereit, seine bisherigen Lieferungen zu erhöhen. Hier sind wir ganz auf Deutschland angewiesen. Aber auch bei den flüssigen Brennstoffen gelang es, wesentliche Zulieferungen zu erreichen. Das Problem der *Arbeitsbeschaffung* hat in diesen Verhandlungen ebenfalls einen grossen Raum eingenommen. Das Hauptpostulat war aber, die Beziehungen zum Westen aufrecht zu erhalten. Das Abkommen mit den Blockademächten vom April 1940 stiess schon bald infolge der kriegerischen

1. *Présidée par H. Sulzer, la 8^e séance de la Commission réunit les membres suivants: J. Hotz, H. Homberger, F. Hug, A. Gattiker, C. Koechlin, E. Laur, W. Meile, A. Rais, P. Renggli, E. Weber.*

Y participent aussi des représentants de la Division du Commerce du DEP (P. Keller, E. Werthmüller, A. Koch, E. Bonhôte, H. Schneebeli, K. Ris, P. Casserini, H. Marti, J.-E. Töndury, H. Meiner, H. Zimmermann, H. Leuenberger), du Service des Importations et des Exportations (F. Gerber), de la Centrale pour la Surveillance des Importations et des Exportations (A. Schneiter et F. Gygax), de l'Office de Guerre pour les Transports (H. Joder) et de la Direction générale des Douanes (P. Comte). Ce procès-verbal, rédigé par O. Pernet, est publié, car il donne une synthèse des différents problèmes du blocus et du contre-blocus exposés par les principaux responsables de la politique économique de la Suisse. Pour des indications plus précises, on consultera les tables méthodiques du présent volume et du volume 13 des DDS.

2. *Cf. le procès-verbal (non reproduit) de la séance du 7 mars 1941 de la Commission.*

Ereignisse auf gewisse Schwierigkeiten. Die unbeschränkte Zufuhr von Waren in die Schweiz wurde nicht mehr gewährt und erst nach langen Verhandlungen gelang es, für gewisse Waren gewisse Kontingente zu erwirken. Für Kohlen und Eisen war die Lage prekär und noch besorgniserregender auf dem Gebiete der flüssigen Brennstoffe, ganz abgesehen von andern ebenfalls wichtigen Sektoren, wie z. B. die N-E-Metalle³, wo bis heute noch gar nichts erreicht werden konnte. Im August 1940 kam dann die Gegenblockade; aber schon im November 1940 trat Deutschland mit neuen Begehren an die Schweiz heran. Die Verhandlungen dehnten sich über ein halbes Jahr aus bis sie schliesslich zu einer Einigung führten. Wenn man die deutschen Begehren berücksichtigt, die gestellt worden waren, wie z. B. vollständiges Verbot des Handels und der Produktion mit und für die Westmächte u. a. m., so darf man mit dem Ergebnis zufrieden sein, auch wenn nicht alles erreicht werden konnte, was wünschenswert gewesen wäre. Es wurde notwendig, die Ausfuhr von Waren im Briefpostverkehr zu verbieten, da hier ein gewisses Malaise gegen die Ehrenhaftigkeit der Schweiz bestand, indem nämlich dadurch die Gegenblockade und zwar die Geleitscheinpflicht durchbrochen werden konnten. Ein weiteres Loch bestand bei der Ausfuhr von Waren über das unbesetzte Gebiet Frankreichs. Wenn schliesslich die Schweiz einer Lösung zugestimmt hat, die vielleicht auch nicht alle befriedigte, so war für sie die Schlacht verloren, bevor sie angefangen hatte, indem nämlich durch das Abkommen Hitler-Darlan Deutschland das Recht erhielt, auch im unbesetzten Frankreich gewisse Kontrollen über den Waren- und Devisenverkehr vorzunehmen. Dabei gelang es aber, einen gewissen Grenz- und Lokalverkehr und den Verkehr auf der Strasse frei zu halten. Auf dem eigentlichen Gegenblockadegebiet konnte die Freiliste etwas vergrössert werden, namhafte Zusatzkontingente für kontingentierte Ware erwirkt werden und endlich, statt dass die Geleitscheinliste vergrössert wurde, wie es Deutschland verlangte, wichtige Abstriche erzielt werden, wie für Kreiselpumpen, gewisse elektrische Maschinen und namentlich für fertige Uhrwerke.

Bei aller Objektivität darf festgestellt werden, dass die Schweiz hier wesentliche Verbesserungen erzielte. Der Bundesrat hat denn auch einmütig das ganze Vertragswerk gutgeheissen, nachdem er sich vorher durch die Finanzdelegation und durch die beiden Zollkommissionen der Eidgenössischen Räte, die ebenfalls einstimmig diesem Werk zugestimmt hatten, decken liess. Sogar ein Vertreter von Herrn Duttweiler stimmte damals bei, was Herrn Duttweiler nun aber nicht hindert, gegen das Abkommen Sturm zu laufen.

England hat dieses Abkommen als «unhappy» bezeichnet und es hat dort eine gewisse Verstimmung hervorgerufen. Die Westmächte wurden aber schon vor Abschluss des Vertrags über dessen Inhalt unterrichtet. Es werden dabei hauptsächlich folgende *Einwendungen* gemacht:

a) Der Inhalt des Abkommens hätte den Engländern früher mitgeteilt werden sollen, damit sie noch Zeit gehabt hätten, der Schweiz ihre Wünsche bekannt zu geben.

b) Die Schweiz sei nun nicht mehr neutral, indem sie nur einer Kriegspartei Kriegsmaterial liefere. Dieser schwere Vorwurf wurde in aller Form zurückge-

3. *Nicht-Eisen-Metalle.*

wiesen. Es ist nicht unsere Schuld, dass wir heute England keine derartigen Lieferungen mehr machen können. Vor dem Zusammenbruch Frankreichs wurde nur den Westmächten Kriegsmaterial geliefert.

c) Überhaupt liefere die Schweiz alles nach Deutschland und nichts nach England. Bei der Gegenüberstellung der Ausfuhr und Einfuhr im ersten halbjahr 1941 darf aber festgestellt werden, dass nach England und sogar auch nach USA die Schweiz mehr ausgeführt hatte, als sie aus diesen Ländern bezog. Die Ausfuhr nach den beiden Mächtegruppen beträgt 80-85 % der Einfuhr aus diesen Ländern.

Seit einiger Zeit verweigert England die Erteilung von «certificats of origin and interest» für Waren, die über La Plaine exportiert werden sollen. Diese Massnahme erschwert aber gerade unsere uns im Gegenblockadevertrag zugestandene vermehrte Ausfuhr nach dem Westen. England geht auch dazu über, gewisse Bedingungen an die Erteilung gewisser Einfuhren zu stellen, insbesondere, dass die Fertigfabrikate nicht nach Deutschland ausgeführt werden dürfen, trotzdem dies im Blockadevertrag vorgesehen war. Die Lage lässt grosse Schwierigkeiten befürchten. Die schweizerische Delegation hat keine Mühe gescheut, um namentlich England, aber auch USA auf die grossen Schwierigkeiten der Schweiz hinzuweisen. Auch London und Washington sind eingehend unterrichtet worden.

Was ist in Zukunft zu tun? Eine Delegation unter Führung von Herrn Dr. Ebrard befindet sich gegenwärtig im Balkan. Dann wird Herr Professor Keller in den nächsten Tagen nach Spanien verreisen. Herr Matter befindet sich gegenwärtig in Portugal. Herr Minister Stucki verhandelt in Vichy. Auch diese Verhandlungen mit Frankreich stossen auf Schwierigkeiten, da das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr gestört ist. Mit Italien findet andauernd eine Fühlungnahme statt. Die Verhandlungen mit England werden in Bern und London weitergeführt.

Bei allen diesen fortgesetzten Bemühungen ist es um so bedauerlicher, dass gewisse nicht objektive Kritiken unsere Lage nur noch schwieriger gestalten. Herr Duttweiler, der die Verhandlungen mit Deutschland angreift, irrt sich, wenn er glaubt, diese Verhandlungen seien sorglos geführt worden. Es berührt auch unangenehm, wenn Herr Nationalrat Schmid-Ruedin gewisse nicht stichhaltige Kritiken veröffentlicht.

Die Lage ist heute sehr besorgniserregend, indem die Blockade und die Gegenblockade immer schärfer gehandhabt werden.

Herr Direktor Homberger: Das Abkommen mit Deutschland ist schon Vergangenheit und wir stehen in einer neuen Phase. Das Abkommen beginnt sich auszuwirken und zwar nach seiner positiven und negativen Seite hin. Es darf festgestellt werden, dass Deutschland seine Verpflichtungen einhält. Die Schweiz sitzt gegenwärtig in einem Glashaus; alles was wir tun, wird von beiden Seiten mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt. Unser Hauptziel ist immer, unsere Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren, was aber weit schwieriger ist, als im letzten Krieg, da das europäische Gleichgewicht während des ganzen Krieges bestand. Beide Mächtegruppen versuchten anlässlich den Verhandlungen mit ihnen, die Schweiz auf ihre Seite zu ziehen. Mit Deutschland haben wir eine lebensfähige Regelung getroffen, bei der wir unsern wirtschaftlichen At-

mungsraum sichern konnten. Bis jetzt war die Versorgung des Landes nicht allzu schlecht, sodass der Neid derjenigen, denen es heute nicht mehr so gut geht wie uns, sich geradezu zu einer Gefahr für unser Land auswächst. Je länger der Krieg dauert, desto schärfer geht man mit den wenigen Neutralen, die heute noch bestehen – und es sind derer nicht mehr viele – ins Gefecht und desto schärfer werden die Blockaden gehandhabt. Auf der englischen Seite ist man offensichtlich unzufrieden. Der Vorwurf der Einseitigkeit ist in seiner Allgemeinheit vollkommen unbegründet, indem prozentual ungefähr gleichviel nach den beiden Mächtegruppen ausgeführt wird, als wir von dort beziehen. Man muss sich nicht nur auf offiziellem Wege gegen derartige Vorwürfe wehren, sondern wir benötigen auch eine gewisse individuelle Propaganda, namentlich heute, wo die Britische Gesandtschaft gewisse Anstrengungen in dieser Richtung unternimmt. Trotzdem wir in den ersten 6 Monaten dieses Jahres mit grossen Schwierigkeiten in Bezug auf die Gegenblockade zu kämpfen hatten, war es uns möglich, einen angemessenen Export nach dem Westen aufrecht zu erhalten. Unbedingte Voraussetzung zur weitem Aufrechterhaltung und Vergrösserung dieses Exportes ist aber, dass England uns nicht fallen lässt. Ein grosses Hindernis bedeutet gerade die Nichterteilung von «certificats of origin and interest» über La Plaine.

Weitere Hindernisse sind in USA festzustellen. Leider geht die Ausfuhrpolitik nicht parallel zu der Blockadepolitik Englands, sodass wenn z. B. ein Navicert vorliegt, die amerikanische Ausfuhrbewilligung fehlt. Die Ausfuhrpolitik Amerikas basiert vielmehr auf Versorgungsgründen. Dazu kommt noch die Devisenpolitik, die wieder nach andern Gesichtspunkten geordnet wird. Für die Schweiz bedeutet diese Devisenpolitik ein neues Hindernis für die Zufuhr. Immerhin konnte hier eine vorläufige Regelung erzielt werden, wodurch die Zentralstelle für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr eine neue interessante Tätigkeit erhält. Dieses Verfahren, bei dem das Garantiezeugnis oder ein ähnliches Dokument eine grosse Rolle spielt, wird gegenwärtig noch konsolidiert. Es darf immer wieder festgestellt werden, dass sich die autonome Überwachungsorganisation, die die Schweiz bei Ausbruch des Krieges geschaffen hat, bis heute gut bewährte.

Herr Professor Laur: Im deutschen Abkommen wurde wiederum ein Landwirtschaftsbrief vereinbart. Den schweizerischen Lieferungen stehen sehr wichtige deutsche Lieferungen gegenüber, besonders die Saatgutlieferungen. Die schweizerischen landwirtschaftlichen Exporte wurden stark gekürzt. Ausserdem konnten gute Preise erzielt werden. Dies darf England gegenüber ohne weiteres betont werden. Im ersten Semester 1942 werden übrigens diese Lieferungen fast gänzlich aufhören. Die schweizerischen Lieferungen stehen mit dem Blockadevertrag in vollem Einklang.

Herr Joder:

Seetransporte: Gegenwärtig fahren 7 Schiffe unter Schweizerflagge und zwar mit einer Tonnage von 39 000 Tonnen. Daneben bestehen Charter-Verträge für ca. 80 000 to Schiffsraum. Im Abkommen mit Spanien wurden uns dazu noch 40 000 to für den Pendelverkehr iberische Halbinsel – Genua zur Verfügung gestellt.

Landstransporte: Aus Spanien und Portugal können keine Massentrans-

porte in die Schweiz hereingebracht werden. Auch hier hat das Abkommen mit Spanien Erleichterungen gebracht, so in der Zurverfügungstellung von 200 defekten Wagen, die die Schweiz repariert und in der Bewilligung, 100 Lastwagenzüge von der Schweiz nach Spanien zu entsenden. Ein erster Lastwagenzug ist letztthin nach Spanien abgefahren.

Balkan: Darüber wurde mit Deutschland im Juni dieses Jahres eine Regelung getroffen. Sämtliche Importe aus dem Balkan müssen Deutschland angemeldet werden. Der direkte Bahnverkehr mit der Türkei funktioniert nicht mehr. Es bleibt hier nur noch der Schiffsverkehr mit bulgarischen und rumänischen Häfen.

Die Zulieferungen aus *Deutschland:* Die Warenumladungen gehen rasch vor sich. Die Kohle wird zum Teil auf dem Rhein, zum Teil auf der Bahn in die Schweiz geführt.

Herr Nationalrat Gattiker: Mit den bisher abgeschlossenen Verträgen darf man zufrieden sein. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Die Aufgabe der Behörden besteht auch darin, dem Volke soviel als möglich zu sagen. Es ist ein gewisses Malaise im Volk und in Handel und Industrie festzustellen, das bedingt ist durch die verschiedenen Einschränkungen, die verfügt werden mussten. Die Kritik braucht man nicht allzu ernst zu nehmen. Fatal ist aber, wenn Leute, die über einen gewissen Einfluss verfügen, derartige unsachliche Kritiken veröffentlichen.

Herr Generaldirektor Meile dankt für die ausführliche Orientierung. Die getroffenen Abmachungen dürfen als richtig taxiert werden. Etwas Sorge bereitet die innerpolitische Einstellung gewisser Leute und namentlich die Kommunistische Aktion durch Flugblätter. Auf diese Weise können unliebsame aussenpolitische Schwierigkeiten entstehen.

Herr Generaldirektor Weber: Das Verhältnis zu England bereitet Sorgen. Es dürfte ratsam sein, eine Delegation nach England zu entsenden, wobei eventuell auch England ein Kredit angeboten werden könnte.

Herr Direktor Hotz: Gegebenenfalls müssen mit England erneut Verhandlungen aufgenommen werden, sei es in Bern oder in London. Diese Probleme werden genau geprüft.

Herr Dr. Koechlin: Es ist viel wichtiger, eine Mission nach England als nach USA zu entsenden. England liefert uns schon seit langer Zeit keine wichtigen Rohstoffe mehr. Es ist von unbedingter Notwendigkeit, dass mit den Engländern geredet wird und zwar durch eine Delegation, die die gegenwärtige Lage und das Verhältnis mit Deutschland genau kennt. Man könnte sich fragen, ob nicht Herr Thurnheer in die Schweiz kommen sollte. Vom kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus darf gesagt werden, dass der Preis, den die Schweiz im Abkommen mit Deutschland bezahlte, nicht zu hoch ist. Die Vertragsdauer ist günstig. Unsere Devisen sind ein Produkt, mit dem wir handeln können und müssen, denn unsere Produktion wäre nicht genügend gewesen, um die grossen Lieferungen, die Deutschland der Schweiz macht, zu kompensieren. Ohne Kohle, Eisen und Brennstoffe kann die Schweiz nicht existieren. Die Clearingvorschüsse dürfen den frühern Krediten an Deutschland nicht gleichgestellt werden.

Die Bilanz der Ein- und Ausfuhr ist nicht ausschlaggebend, es kommt vielmehr auf die Kriegswichtigkeit der einzelnen Produkte an.

10 SEPTEMBRE 1941

303

Herr Minister Sulzer: Wir befinden uns zweifellos in einer Mangelwirtschaft, die sich immer mehr verschärft. Wir müssen für das Leben und die Arbeit unseres Volkes sorgen und um dies zu tun, sind wir auf den internationalen Verkehr angewiesen. Es darf mit Befriedigung festgestellt werden, dass das Abkommen mit Deutschland gebilligt wird. Nach dieser Richtung ist alles geschehen, was geschehen konnte, um die Schweiz mit den nötigen Mitteln für ihre Existenz zu versehen. Von grosser Wichtigkeit ist, zu prüfen, inwieweit Deutschland die versprochenen Lieferungen erfüllt.

Die grossen Anstrengungen der Zukunft gelten der Beseitigung der Verstimmung bei den Westmächten. Wenn auch vorläufig eine gewisse Spannung festzustellen ist, so darf doch der Meinung Ausdruck gegeben werden, dass diese Mächte die Lage der Schweiz nicht verkennen werden. Es wird daher notwendig sein, vielleicht eine Delegation nach England zu entsenden. Der ständigen Wirtschaftsdelegation wird der Wunsch ans Herz gelegt, nichts unversucht zu lassen, um auch auf diesem Gebiete zu einer Klärung zu gelangen.

ANNEXE

E 7110/1973/135/4/821

*Procès-verbal de la séance du 6 février 1942 de la Commission consultative
pour la Surveillance des Importations et des Exportations⁴*

Persönlich

Bern, 8. Februar 1942

[...]⁵

TRAKTANDUM 2.

STAND DER WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN,
INSBESONDERE BLOCKADE UND GEGENBLOCKADE.

Herr Minister Sulzer: Seit der letzten Sitzung hat die Weltlage umwälzende Veränderungen erfahren. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass mit einer langen Kriegsdauer zu rechnen ist. Die politische und wirtschaftliche Lage der Neutralen wird immer schwieriger. Leider muss festgestellt werden, dass bei den kriegführenden Staaten das Verständnis für die neutrale Schweiz, deren Wirtschaft bis heute in einem gewissen Gleichgewichtszustand gehalten werden konnte, nicht immer vorhanden ist. Wir befinden uns heute in einer kritischen Phase, da die Verstimmung der West-

4. *Présidée par H. Sulzer, la 9^e séance de la Commission réunit les membres suivants: J. Hotz, S. de Coulon, E. Feisst, R. Gassmann, A. Gattiker, R. Grimm, H. Homberger, F. Hug, W. Hunziker, B. Jaeggi, J. Käppeli, E. Laur, E. Matter, W. Meile, A. Rais, F. Rusca, R. Stadler, M. Troillet et E. Weber.*

Y participent aussi des représentants de la Division du Commerce du DEP (P. Keller, H. de Torrenté, E. Werthmüller, F. Probst, A. Koch, K. Ris, E. Bonhôte, J.-E. Töndury, W. Hausse-ner, H. Meiner, O. Pernet et H. Leuenberger), de la Section des Importations et des Exportations

(F. Gerber, O. Menner et G. Keppler), de l'Office central de Surveillance des Importations et des Exportations (A. Schneiter) et de la SCIPE du DPF (R. Kohli et P. von Salis).

Le procès-verbal est rédigé par H. Bühler.

5. *La séance commence par l'intégration des nouveaux membres.*

mächte über das Abkommen mit Deutschland nicht beseitigt werden konnte, sondern im Gegenteil eine Verschärfung erfahren hat. Es erweist sich als notwendig, mit den beiden kriegführenden Parteien neue Verhandlungen einzuleiten.

Herr Dir. Hotz: Seit der letzten Sitzung vom 10. September 1941 hat sich die allgemeine Lage wesentlich verändert. Es wurde schon damals auf die infolge des Abkommens mit Deutschland zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen. Die britische Reaktion bestand in einer Sperre der Einfuhren für industrielle Rohstoffe. Diese Sperre sah schlimmer aus als sie in Wirklichkeit war, da die Schweiz schon seit Mitte 1940 gewisse Rohstoffe nicht mehr importieren konnte. Schwerwiegend war neben dieser Einschränkung die Herabsetzung der bestehenden Importquoten.

Die britische Antwort traf am 11. September 1941 ein⁶. Es wurde darin hervorgehoben, die Schweiz liefere durch ihre Produktion einen erheblichen Beitrag zum Kriegspotential der Achse. Die Note liess gewisse Möglichkeiten für eine Erleichterung der Blockade durchblicken, vorausgesetzt, dass die Schweiz ihre Handelsbeziehungen zur Achse abbaue oder in vermehrtem Masse kriegswichtige Artikel an England liefere.

Die Schweiz hat alles getan, um die Reaktion Englands erträglich zu machen. Sie hat denn auch die deutschen Forderungen keineswegs blind angenommen. Die lange Dauer der Verhandlungen beweist dies zur Genüge. Man musste jedoch am 18. Juli 1941 genau überlegen, ob man das Abkommen mit Deutschland abschliessen wollte oder nicht. Dabei musste in Betracht gezogen werden, dass in diesem Zeitpunkt keine Kohlen, keine flüssigen Brennstoffe und keine Schmieröle mehr zur Einfuhr gelangten. Die Schweiz hat in den Verhandlungen mit Deutschland stets daran festgehalten, dass auch für die Gegenseite etwas erreicht werden müsse. Das erzielte Ergebnis hat indessen England nicht genügt. Anlässlich der letzten Sitzung der Kommission wurde der Vorschlag gemacht, sofort eine Delegation nach London abzuordnen. Der Bundesrat hat jedoch beschlossen, damit zuzuwarten und vorläufig Herrn Minister Thurnheer nach Bern zu bitten. Die erwähnte britische Note enthielt zwei wesentliche Punkte: Einmal die Forderung auf *Abbau der Handelsbeziehungen zur Achse*. Hierzu ist zu bemerken, dass dieser Abbau infolge der Versorgungslage der Schweiz zwangsläufig erfolgen musste und noch weiter erfolgen wird. Sodann stellte sich die *Frage, wie den Westmächten in vermehrtem Umfange kriegswichtige Artikel geliefert werden könnten*. Es handelt sich dabei keineswegs um eigentliches Kriegsmaterial, für dessen Lieferung die Schweiz sich nie hätte einsetzen können, wohl aber um die Aufrechterhaltung der schweizerischen Ausfuhr im Rahmen des Courant normal. Die Schweiz hat während 9 Monaten für die Ausfuhr nach der Achse im Courant normal gekämpft, nun wird sie sich für den Export im Courant normal nach dem Westen einsetzen müssen. Es besteht ein Projekt, auf der Basis eines Courant normal monatlich für rund 2,5 Millionen Franken Werkzeugmaschinen, Chronographen, Fournituren, Decolletageartikel usw. nach dem Westen zu liefern. Dies entspricht nur ungefähr einer Monatsausfuhr unter diesen Positionen nach der Achse. England wurde bereits auf die Schwierigkeiten dieses Projektes aufmerksam gemacht. Wenn diese Ausfuhr bewerkstelligt werden kann, muss England die Sperre der Rohstoffzufuhren (Wolle, Baumwolle, Fette, Öle usw.) aufheben und überdies Kompensationen durch Lieferung von Eisen, Stahl und Nichteisenmetallen gewähren. Dem Projekt wird auf beiden Seiten grundsätzlich zugestimmt, jedoch unter grossen Vorbehalten. In England erheben sich Stimmen, um den Blockadevertrag vom 25. April 1940 auf eine neue Grundlage zu stellen (Bewilligung der Einfuhr, wobei aber eine Ausfuhr an die Achse weder in unverarbeitetem, noch in verarbeitetem Zustand erfolgen soll). Die in London bereits bestehende Verstimmung hat aus folgenden Gründen eine Verschärfung erfahren:

a) *Wollsammlung für Deutschland:* Der Bundesrat hat dem deutschen Begehren nach reiflicher Überlegung zugestimmt. Es handelte sich um eine Sammlung von Liebesgaben der in der Schweiz ansässigen Deutschen. Ferner musste auf die in Deutschland lebenden Schweizer Rücksicht genommen werden. Die Schweiz hat gegen die Ausfuhr von 4 Wagon alter Wollartikel wesentliche Erleichterungen in bezug auf die Lieferungen für das Internationale Rote Kreuz eingehandelt. Ausserdem steht der Ausfuhr dieser 4 Wagen mit alten Wollsachen eine Einfuhr aus Deutschland von

6. Cf. note anglaise datée en réalité du 9 septembre 1941, cf. ci-dessus N° 100, note 2.

60 Wagen neuer Wollartikel im Jahre 1941 gegenüber. Äusserst wichtig war auch, die bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland nicht im ungünstigen Sinne zu beeinflussen. Die britische Reaktion bestand in einer Sperre der Einfuhr von Woll- und Lederwaren. Die Britische Gesandtschaft in Bern und die Schweizerische Gesandtschaft in London wurden über die Beweggründe dieser Ausfuhr genau unterrichtet. Es ist zu hoffen, dass die den britischen Behörden erteilten Aufschlüsse zu einem günstigen Ergebnis führen.

b) *Schuhausfuhr nach Deutschland*. Das mit Deutschland abgeschlossene *Umarbeitungsgeschäft* hatte zur Folge, dass uns England die Sperre der Einfuhr von Textilprodukten androht. Es sei hier ausdrücklich festgestellt, dass diese englische Massnahme sich gegen eine an und für sich absolut erlaubte Ausfuhr richtet.

Ganz allgemein ist zu bemerken, dass England mit seinen Massnahmen gegen die Schweiz sehr weitgeht. Die schwarze Liste nimmt einen immer grösseren Umfang an; die britischen Konsulate überschreiten ihre Funktionen, indem sie von schweizerischen Firmen Auskünfte verlangen, die mit den schweizerischen Vorschriften im Widerspruch stehen. Man wird England ausdrücklich auf den Blockadevertrag aufmerksam machen und darauf hinweisen müssen, dass die schweizerische Überwachung ihrer Aufgabe in jeder Hinsicht gerecht wird. Eine weitere britische Massnahme besteht darin, dass der erlaubte feindliche Wertanteil bei Exportwaren von 25 % auf 5 % herabgesetzt wurde. Alle diese Probleme werden bei den in nächster Zeit stattfindenden Verhandlungen zur Sprache gebracht werden müssen. Im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Zufuhren muss gegenwärtig alles vermieden werden, was eine Verschärfung unserer Beziehungen zu den Westmächten nach sich ziehen könnte, auch auf die Gefahr hin, dass dies auf der anderen Seite zu einer Verstimmung führt. Eine Verschärfung der Lage könnte die Sperre unserer Nahrungsmittelzufuhr zur Folge haben. Diese Richtlinien müssen während der nächsten Monate beachtet werden.

Über die seit der letzten Sitzung stattgefundenen *Verhandlungen* ist folgendes zu sagen:

Herr Prof. Keller hat Verhandlungen mit Spanien, Portugal und der Slowakei geführt.

Spanien: Es wurden Devisenprobleme sowie Fragen der Schifffahrt und Einfuhr besprochen. Ferner wurde Spanien ein Kredit gewährt als Vorschuss auf die zu erbringenden Frachtleistungen.

Portugal: Die gegenseitigen guten Beziehungen konnten weiterhin gefördert werden.

Slowakei: Auch mit diesem für unsere Versorgung wichtigen Land fanden Verhandlungen statt. In Bratislava wird ein Generalkonsulat errichtet, mit dessen Leitung Herr Legationssekretär Dr. Grässli (bisher in Berlin) betraut wurde.

Ferner fanden Verhandlungen mit verschiedenen *nordischen Staaten* statt. In bezug auf die Verhandlungen mit *Finnland* ist zu bemerken, dass dessen Begehren um Gewährung eines Kredits leider abgelehnt werden musste, da ein solches Abkommen bei der gegenwärtigen Kriegslage nicht zu verantworten gewesen wäre.

Herr Dr. Ebrard verhandelte mit *Kroatien*, *Ungarn* und *Bulgarien*. Ferner werden in allernächster Zeit neue Verhandlungen mit der *Türkei* stattfinden. Die Verhandlungen mit *Rumänien* haben nicht zum gewünschten Ergebnis geführt, da die Schweiz sich mit den in grossem Umfang geforderten Kriegsmaterial-Lieferungen nicht einverstanden erklären konnte.

Italien: Es sei hier *vertraulich* bemerkt, dass Italien weitgehende Forderungen gestellt hat, da es sich seiner Schlüsselstellung für die schweiz. Ein- und Ausfuhr bewusst ist. Es handelt sich um die Gewährung von Vorschüssen durch die Schweiz. Der Bundesrat ist nicht abgeneigt, dem italienischen Begehren zu entsprechen, unter der Voraussetzung, dass gewisse Zugeständnisse für den Export an die Westmächte gemacht werden. Unser Ziel ist die Lockerung der Gegenblockade. Die Lage könnte allerdings kritisch werden, wenn Italien Sanktionen ergreift. Die Verhandlungen werden daher mit grösster Sorgfalt geführt. Die Besprechungen über das «Kompensationsprogramm» können nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Verhandlungen multilateral geführt werden.

Deutschland hat seine Zusicherungen betreffend die Einfuhr flüssiger Brennstoffe (14 500 Tonnen pro Monat) nicht eingehalten. Es gelangten nur 12 500 Tonnen per Monat zum Import. Ende Dezember 1941 hat Deutschland vorgeschlagen, seine Lieferungen auf einen Drittel der ursprünglichen Menge herabzusetzen. Die sofort aufgenommenen Verhandlungen haben zum Ergebnis geführt, dass die Schweiz vorläufig monatlich 10 000 Tonnen erhält. Die Lage darf indessen nicht zu optimistisch beurteilt werden.

Frankreich befindet sich in einer schwierigen Lage, da seine Ausfuhr stark zurückgegangen ist. Die schweizerische Ausfuhr nach Frankreich ist doppelt so hoch wie ihre Einfuhr. Um eine ernsthafte Störung des Clearings zu vermeiden, mussten die schweizerischen Ausfuhrkontingente, die ohnehin zu hoch waren, da sie auf dem Gewicht basierten ohne die steigenden Preise zu berücksichtigen, herabgesetzt werden.

USA: Den Beziehungen zu den USA, die leider gegenwärtig nicht sehr gut sind, ist grosse Bedeutung beizumessen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Vereinigten Staaten mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, da sie ohne genügende Vorbereitung in einen schweren Krieg eingetreten sind. Dollarblockade, Ausfuhrschwierigkeiten und Requisitionen schweizerischer Waren geben Anlass zur Besorgnis.

Abschliessend ist zu sagen, dass sich die internationale Lage seit der letzten Sitzung verschärft hat. Die Schweiz wird sich auf neue Opfer und Einschränkungen vorbereiten müssen. Die Behörden werden ihr Möglichstes tun, um diese in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Herr Minister Sulzer verdankt die Ausführungen von Herrn Dir. Hotz und unterstützt dessen Schlussfolgerungen. Es muss versucht werden, einen tragbaren Ausgleich in den Beziehungen der Schweiz zu den Blockade- und Gegenblockademächten zu erreichen.

Herr Matter erstattet Bericht über den der Schweiz zur Verfügung stehenden Frachtraum (rund 114 000 Tonnen). Daneben können in einem gewissen Rahmen Linienschiffe für einzelne Reisen gechartert werden. Gegenwärtig liegen in Lissabon und Leixoes über 100 000 Tonnen Getreide und Futtermittel, die auf Anordnung des Departementschefs im Pendelverkehr eingeführt werden müssen. Dies wird zur Folge haben, dass der überseeische Güterverkehr eine vorübergehende Einschränkung erfährt. Neben Genua steht für diesen Abtransport auch der Hafen von Barcelona zur Verfügung. Bis vor kurzem wurden über Barcelona im Monat 10-12 000 Tonnen in die Schweiz eingeführt. Momentan ist der Verkehr aber infolge Kohlenmangels aufgehoben. Ebenso hat der Bahnverkehr in Portugal erhebliche Einschränkungen erfahren. Für den Pendelverkehr sollte Spanien monatlich 40 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung stellen. Es hat indessen seine Verpflichtungen nicht voll erfüllt. Die von den Griechenschiffen herangeführten Waren konnten jedenfalls bis heute nicht alle abtransportiert werden.

England beharrt nach wie vor auf seiner Forderung, dass die Schweiz für jedes angekaufte Schiff ein Griechenschiff zurückgeben müsse. Bis heute war ein Verzicht auf die Abgabe eines anderen Schiffes für den angekauften Dampfer «Hadiotis» («Eiger») nicht zu erreichen. Allgemein ist zu bemerken, dass die Lage durch den Kriegseintritt der USA eine wesentliche Verschärfung erfahren hat.

Herr Dir. Homberger: Man fragt sich, warum England uns die Schläge austeilt, die es gegen uns geführt hat. Man antwortet selbstverständlich, dass sie die Folge des neuen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland seien. So lautet auch die Begründung in der englischen Note. Die schweizerische Haltung hat durch das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland vom Sommer 1941 keine grundsätzliche Änderung erfahren. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland ist nicht neu. Sie ist allerdings intensiviert worden. Ganz besonders ist die Gegenblockade, die einen wesentlichen Punkt der englischen Gegenmassnahmen darstellt, nicht verschärft, sondern sogar gelockert worden. Die Gegenblockade ist übrigens die Folge des Zusammenbruchs Frankreichs im Sommer 1940. Die Verhandlungen mit Deutschland im Jahre 1941 wurden ganz besonders im Zeichen der Auflockerung der Gegenblockade geführt. Wichtige Positionen wie Uhrwerke und Maschinen wurden von der Geleitscheinpflicht befreit. Ferner konnte die Schweiz für über 100 Millionen Franken Zusatzkontingente erwirken. Es ist ja eigentlich ein Wunder, wie die Schweiz ihre Ausfuhr nach dem Westen trotz der Gegenblockade noch aufrechterhalten konnte. Der schweizerische Aussenhandel mit England ist aktiv. Auch mit USA ist der normalerweise grosse Passivsaldo verringert worden. Die Schwäche dieser vermehrten Ausfuhr liegt natürlich darin, dass gerade diejenigen Produkte fehlen, die die Westmächte gerne haben möchten. Dies erklärt auch die englische Reaktion. Im 2. Semester 1940 und im 1. Semester 1941 gelang es uns, gewisse Zufuhren aus dem Westen zu erhalten. Trotzdem eine gewisse Lockerung der Gegenblockade erfolgen konnte, hat England nach dem Abkommen von 1941 in negativem Sinne reagiert. Das kommt auch daher, dass das, was wir geliefert haben, als «non-valeur» betrachtet wird. Ein weiterer

Grund der Reaktion dürfte die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit den Achsenmächten sein. Dabei spielt die Vorschussaktion eine gewisse Rolle, obschon diese auch nichts prinzipiell Neues darstellt. Um eine gewisse Übersicht über das Risiko zu erhalten, hat man diese Vorschüsse an eine bestimmte obere Grenze gebunden. Es sind dies theoretische Maximalsummen, die aber praktisch überhaupt nicht erreicht werden. Im Sommer letzten Jahres betrug der Clearingvorschuss 150 Millionen Franken. Dieser Vorschuss hat sich bis Ende 1941 um keinen Franken erhöht. Diese günstige Entwicklung erklärt sich mit der abschwächenden Wirkung der drei-monatlichen Auszahlungsfristen, und ganz besonders mit der Aufrechterhaltung der ausgedehnten Einfuhr aus Deutschland. Ohne Auszahlungsfristen würde der Vorschuss auf Ende Dezember 1941 rund 186 Millionen Franken betragen.

Statistika über Einfuhr:

Gegenüberstellung der Importe in der Zeit vom 1. Juli 1940-30. Juni 1941 mit den entsprechenden Importen 1937/38 (= 100%).

a) *Bezug ausschliesslich aus Übersee.*

Wolle	16,5%
Kautschuk	23,8%
Kupfer	5,3%
Nickel	6,5%
Zinn	14,8%
Kaffee	57%
Kakao	59%

b) *Bezug ausschliesslich aus Achsenländern oder durch Achsenländer.*

Kartoffeln	70%
Saatkartoffeln	163%
Cellulose	170%
Kunstseide	212%
Zellwolle	
Eisen	40%
Zink	99%

c) *Bezug aus beiden Zonen oder durch beide Zonen.*

	aus Übersee	aus oder durch die Achsenländer
Reis	8%	90%
Saatgut	28%	120%
Zucker	90%	24%
Leder	20%	65%
Häute und Felle	13%	40%
Baumwolle	6%	
		Russische Lieferungen. Vergleich nicht möglich, da früher keine Einfuhr
Seide	53%	57%
Hanf	13%	199%
Wollene Gewebe	9%	56%
Kohle	23%	62%
Mineralöle	22%	82%
flüssige Brennstoffe		

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass die Schweiz in der Zeit vom 1. Juli 1940 bis 30. Juni 1941 ihre Hauptimporte an industriellen Rohstoffen durch die Gegenblockade erhalten hat.

Man muss heute feststellen, dass die industrielle Produktion der Schweiz dank den Lieferungen der Achsenmächte und durch die Achsenmächte aufrechterhalten werden konnte. Was mit

Deutschland vereinbart wurde, hat nicht nur negative, sondern ganz positive Erfolge gezeigt. Man darf aber nicht vergessen, dass wir sehr auf England angewiesen sind, besonders auch im Hinblick auf die Nahrungsmittel- und Futtermittelzufuhr. Die Schuld der gegenwärtigen Haltung Englands liegt nicht bei der Schweiz, sondern in der Tatsache des Krieges. Das England von 1941 entspricht nicht mehr demjenigen von 1940. Damals wurde es vom Kontinent verdrängt und zeigte in dieser Zeit sehr grosses Verständnis für die Schweiz. Wir stehen heute vor einer neuen Situation und müssen daher die Gegenblockade noch wesentlich stärker zu durchbrechen versuchen, wenn wir mit England wieder zu einer Einigung kommen wollen. Es ist klar, dass die Achse dazu nicht ohne weiteres bereit ist. Es folgt daraus der Gedanke der von Herrn Dir. Hotz erwähnten *Kompensation*: Geleitscheinpflichtige Waren gegen industrielle Rohstoffe. Das Projekt wurde technisch mit den verschiedenen Vertretern der Gesandtschaften durchbesprochen. Diese technischen Mittel genügen aber nicht mehr. Es müssen besondere Missionen nach London und vielleicht auch nach Berlin gesandt werden. Selbstverständlich müssen in diesen Fragenkomplex auch die von Herrn Matter erwähnten Schwierigkeiten in der Beschaffung von Schiffsraum einbezogen werden. Wir verfügen heute noch über mehr Navicerts als wir Schiffsraum besitzen.

Herr Nat'rat Gattiker gibt vergleichende Zahlen über die Einfuhr im Textilsektor während 9 Monaten der Jahre 1938/41 bekannt. Der Grund des in der Schweiz herrschenden Mangels liegt nicht nur in der verminderten Einfuhr, sondern auch in den hohen Ansprüchen der Armee. Die Schweiz fabriziert heute Wollstoffe mit 50% Surrogat. Reinwolle aus England kommt im Preis auf 75% dieser Fabrikate zu stehen. Auch aus Italien könnten Wollstoffe importiert werden, jedoch sind die von der Regierung festgesetzten Preise (300 Lit. per kg) viel zu hoch. Im übrigen unterstützt der Referent die Entsendung einer Delegation nach London und verdankt die von den Behörden geleistete Arbeit.

Herr Gen.'Dir. Weber äussert den Wunsch, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und zu versuchen, mit England eine Einigung zu erreichen. Da England nicht nur im Warenverkehr die Hand im Spiel hat, ist der Finanz- und Zahlungsverkehr heute sehr erschwert. Wenn es der Schweiz nicht gelang, die Kredite an Spanien und die portugiesischen Förderungen in Dollars zu bezahlen, so ist zu vermuten, dass England hinter den USA stand. Die Lösung der Finanzfrage hängt wesentlich vom Erfolg der Verhandlungen in London ab.

Herr Dir. Stadler: Die Importe an gewissen Buntmetallen sind heute gleich Null. Wenn Einfuhren stattfanden, so handelte es sich um Materialrückerstattungen. Das von der Armee, den SBB und der PTT für 1942 benötigte Material kann kaum beschafft werden. Der Transitverkehr für die Achse ist von der Beschaffung der erforderlichen Ersatzmaterialien abhängig. Die Stimmung in London ist schlecht, weil die Schweiz der Achse Munition und Kriegsmaterial, den Westmächten aber nur kriegsunwichtige Waren liefert. Die Entsendung einer Delegation nach London kann nur begrüsst werden. Es ist aber noch die Frage zu prüfen, wie die von England allfällig bewilligten Mehreinfuhren transporttechnisch bewältigt werden können. Ferner macht der Referent die Anregung, eine Delegation nach USA zu entsenden, da sonst die Schweiz in die Lage kommen könnte, dass England Erleichterungen (Navicerts) gewährt, während USA die Exportlizenzen verweigert.

Herr Prof. Laur: Die Londoner Delegation steht vor einer schwierigen Aufgabe. Es ist darauf hinzuweisen, dass die schweizerischen Exporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahre 1942 zwangsläufig zurückgehen werden. Es fragt sich nur, wie Deutschland sich dazu stellt. Ferner ist auf die prekäre Versorgungslage in Kupfervitriol aufmerksam zu machen, die den Mehranbau ernstlich gefährdet.

Herr Gen.'Dir. Meile: Im Hinblick auf die allgemeinen Landesinteressen sollte ein schärferes Presseregime eingeführt werden. Die in dieser Beziehung bestehenden Mängel sind insbesondere bei der Wollsammlung für Deutschland zutage getreten.

Herr Dir. Feisst: Die Versorgung der Schweiz im Nahrungsmittelsektor ist äusserst wichtig. Für Brot- und Futtergetreide ist die Versorgungslage prekär. Der schweizerische Viehbestand ist von 1,71 Millionen Stück im Jahr 1939 auf 1,5 Millionen Stück im Jahr 1942 zurückgegangen. Durch diese Reduktion entstand in der Käseproduktion ein Ausfall von 1600 Wagen. Die Folge davon ist ein wesentlich geringeres Exportpotential für die Ausfuhr nach der Achse. Die Verhandlungsdelegation hat daher aus dem landwirtschaftlichen Sektor sehr wichtige Argumente zur Verfügung.

15 SEPTEMBRE 1941

309

Herr Minister Sulzer verdankt die Ausführungen der Herren Referenten. Die in der Diskussion gemachten Anregungen werden dem Pflichtenheft der Verhandlungsdelegation angefügt werden. Eine Behebung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten ist nur durch gleichzeitige Verhandlungen in London, Berlin und Rom möglich.